

# "Wohlstand für alle" reicht nicht mehr

Gastbeitrag von Kardinal Reinhard Marx zur Frage „Was ist heute konservativ?“ in der Financial Times Deutschland vom 2. August 2011

---

Konservative dürfen nicht stur an alten Mustern und Denkweisen festhalten. Vielmehr müssen sie eine Politik formulieren, die mehr Gerechtigkeit ermöglicht - auf Basis eines alten Leitgedankens: des christlichen Menschenbilds.

"Wohlstand für alle" - so formulierte 1957 der CDU-Politiker und damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard das politische Leitmotiv der Bundesrepublik. Die Idee der sozialen Marktwirtschaft sorgte für eine bislang beispiellose Erfolgsgeschichte. Zum einen entfesselten die Kräfte des Marktes einen lang anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung. Gleichzeitig zügelte erstmals in der modernen Geschichte ein klarer Ordnungsrahmen Auswüchse eines wilden "Manchesterkapitalismus". Breite Schichten der Bevölkerung hatten den Eindruck, dass für sie der gesellschaftliche Fahrstuhl nach oben fahre. Entsprechend erzielten die Unionsparteien hohe Wahlsiege.

Heute stellen wir fest, dass der Fahrstuhl für manche Gruppen der Gesellschaft immer noch nach oben fährt, andere aber müssen schon auf den unteren Etagen aussteigen, manche steigen überhaupt nicht erst ein. Eine Ungleichheit nimmt zu, die von vielen als Ungerechtigkeit empfunden wird. Zugleich wächst in einer beschleunigten, komplexer werdenden Welt die Verunsicherung und die Angst vieler Menschen vor einem wirtschaftlichen und sozialen Abstieg. In der globalisierten Wirtschaft, das hat die Finanzkrise gezeigt, fehlen ordnungspolitische Leitplanken weitgehend. Und wer garantiert die weltweite Einhaltung der Menschenrechte?

Das Verharren in alten Mustern und nationalen Denkweisen hilft da nicht weiter. Es wäre konservativ im negativen Sinne. Wir brauchen eine neue Fortschrittsidee.

Auf der Suche nach einer solchen neuen humanistischen Synthese eröffnet der Blick auf die christlichen Wurzeln unseres Gemeinwesens eine klare Perspektive. Im Zentrum des christlichen Menschenbilds steht die Gottebenbildlichkeit. Als Geschöpf ist jeder Mensch mit der gleichen unantastbaren Würde ausgestattet - und mit dem freien Willen. Die Prinzipien der Personalität und der Freiheit sind Herzstücke der katholischen Soziallehre. Sie ist von

einem Menschenbild geleitet, in dem Freiheit und Verantwortung, Gestaltung des eigenen Lebens und Solidarität untrennbar zusammengehören. Freiheit ist notwendig verbunden mit dem Streben nach Gerechtigkeit. Und beide sind zerbrechliche Güter.

In den vergangenen Jahrzehnten ist der Freiheitsbegriff gerade in liberalen Parteien vielfach auf die wirtschaftliche Freiheit verkürzt worden. Welch ein fataler Irrweg, wird so doch die Freiheit von der mit ihr untrennbar verbundenen Verantwortung losgelöst! Die Verantwortungslosigkeit im Handeln vieler Einzelner und die fehlende strukturelle Absicherung von Verantwortung waren mit Auslöser der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise - die zur Diskreditierung des Freiheitsbegriffs beigetragen hat, weil er überwiegend ökonomisch besetzt war.

Der christliche Glaube ist als Ermutigung zur Freiheit, ja als geistige Zukunftskraft für nachhaltige gesellschaftliche Innovation zu begreifen. Das Ziel ist nicht weniger als eine gesellschaftliche Erneuerung aus dem christlichen Weltbild heraus. Ludwig Erhards "Wohlstand für alle" muss neu buchstabiert werden, denn die Voraussetzungen dafür sind aus dem Blick geraten.

"Chancen für alle" muss das neue Leitwort heißen. Allen Menschen müssen Wege zur Teilhabe ermöglicht werden. Wir brauchen eine durchlässige, integrierende, inkludierende Gesellschaft. Das ist im Übrigen zentrales Anliegen der kirchlichen Soziallehre. "Jeder ist gewollt, jeder ist geliebt, jeder wird gebraucht", so hat es Papst Benedikt XVI. formuliert. Jeder Mensch muss die Chance haben, sein Leben in der Gesellschaft eigenverantwortlich so zu gestalten, dass seine Fähigkeiten allen zugute kommen. Und die Gesellschaft unterstützt jeden dabei, indem sie Teilhabe konkret ermöglicht.

Zuallererst ist es die Bildung, die Menschen zur Freiheit befähigt. Um mündige Entscheidungen treffen zu können, um ihr Leben selbst in die Hand nehmen zu können, brauchen Menschen ein stabiles Fundament aus kognitiven und emotionalen Fähigkeiten, Werten und Sinnbezügen. Bildung ist mehr als reine Wissensvermittlung. Jeder hat den Anspruch darauf, seine Begabungen und Fähigkeiten zu entwickeln. Bildung umfasst den ganzen Menschen. Und ganz wesentlich gehören dazu auch die Entwicklung von Werten und die Herstellung von Sinnbezügen. Moralisches Handeln lernen wir aber nicht, indem wir

darüber reden, sondern indem wir es in Gemeinschaften erleben und so das aneignen, was uns lebensdienlich erscheint. Der erste Ort, an dem soziales Leben gelernt wird, ist die Familie.

Hier erfahren Kinder elterliche Liebe, Fürsorge und Betreuung, hier werden Werthaltung und Einstellungen ausgeprägt. Die Vermittlung sozialer Tugenden ist die Voraussetzung für ein gedeihliches Miteinander. Dies gelingt in den meisten Fällen. Es gibt aber auch keine Garantie für ein gelingendes Familienleben. Manche Eltern scheitern an dieser Aufgabe und beeinträchtigen so ein Leben lang die Chancen ihrer Kinder. Hier ist die Gesellschaft gefordert, benachteiligte Kinder von klein an angemessen zu fördern. Eine Politik, die Bildungsgerechtigkeit herstellen will, wird deutlich mehr Geld in die Hand nehmen und überlegen müssen, wie sie es auf die verschiedenen Bildungszweige verteilt. Kindergartenplätze sollten kostenlos angeboten werden, die finanzielle Förderung einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Erziehung ist wichtiger als beispielsweise ein gebührenfreies Studium.

Zudem ist Erwerbsarbeit für die meisten Menschen nach wie vor eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und für eine freie Lebensführung. Die Ausweitung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und der Leiharbeit hat sich nicht als Königsweg in normale Arbeitsverhältnisse erwiesen. Ziel der Arbeitsmarktpolitik muss das sozialversicherungspflichtige Normalarbeitsverhältnis sein. Es muss alles getan werden, Menschen daraufhin zu qualifizieren.

Das Leitbild der "Chancen für alle" erfordert nicht nur, für die Gegenwart Freiheitsräume zu schaffen. Jede Generation muss darauf achten, den nachfolgenden Generationen Handlungsmöglichkeiten zu erhalten. Das gilt mit Blick auf die Bewahrung der Schöpfung, auf den Zusammenhalt der Generationen wie auf das Gebot einer verantwortlichen Haushaltspolitik. Die Staatsverschuldung hat ein Ausmaß angenommen, das langfristig nicht tragbar ist. Die so genannte Schuldenbremse war ein wichtiger Schritt. Aber die Rückführung der Staatsschuld ist Pflicht. Steigende Einnahmen des Staates sollten vorrangig zum Schuldenabbau verwendet werden.

Das Bemühen um mehr Freiheit und Chancengerechtigkeit bedeutet nicht Gleichmacherei. Gleichheit und Gerechtigkeit sind nicht dasselbe, ebenso wie Ungleichheit nicht in jedem Fall Ungerechtigkeit bedeutet. Ein gewisses Maß an Ungleichheit ergibt sich logisch aus den

unterschiedlichen Fähigkeiten und Potenzialen der Menschen. Aus christlicher Sicht steht daher im Mittelpunkt, jedem Einzelnen Chancen zu seiner persönlichen Freiheitsentfaltung zu eröffnen, zur Teilhabe, zum sozialen Aufstieg und zum Wohlstand.